

Offener Brief von zwölf Verbänden

An die Mitglieder der Bundestagsausschüsse Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gesundheit und Recht

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem gemeinsamen Statement zu Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation auf Wunsch einer Frau sprechen sich die Verbände für eine qualifizierte freiwillige Beratung und gegen eine Gesetzesänderung aus.

In den Bundestagsausschüssen für Familie, Senioren Frauen und Jugend sowie im Rechts- und Gesundheitsausschuss wird über verschiedene Vorschläge einer gesetzlichen Neuregelung für den Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation beraten. Wir fordern die beteiligten Politiker und Politikerinnen auf, ihre Positionen noch einmal zu überdenken.

Eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes wird die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer Indikation nicht senken. Darauf weisen die unterzeichnenden Verbände mit Nachdruck hin.

Die Auffassung, eine per Gesetz festgeschriebene Pflichtberatung durch Ärzte und Ärztinnen, eine genaue Erfassung der Daten der Schwangeren zur Weitergabe an die jeweilige Landesbehörde und eine staatlich vorgeschriebene Wartezeit von drei Tagen könne etwas an der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im späten



Stadium ändern, unterstellt betroffenen Frauen und Paaren, sie würden sich leichtfertig für diesen Weg entscheiden.

Zu pränatalen Untersuchungen müssen Frauen auch „Nein“ sagen können. Wenn sie jedoch einen „auffälligen“ Befund erhalten, versuchen sie, eine für sich selbst tragbare und für die ganze Familie verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Ihnen muss auf freiwilliger Basis ein qualifiziertes psycho-soziales Beratungsangebot zur Unterstützung bekannt sein und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Sie brauchen in jeden Fall Verständnis, Empathie, Trost und Informationen für ihre Entscheidung. Was sie nicht brauchen, sind von Bußgeld bedrohte Ärzte und Ärztinnen, die gezwungen sind, sie nach staatlicher Vorschrift beraten zu müssen. Sie brauchen auch keine gesetzlich verpflichtende Wartezeit. Ausschlaggebend für die Wartezeit muss einzig und allein der Gesundheitszustand der Frau sein.

Die offizielle Schwangerschaftsabbruch-Statistik 2004 für Holland weist 1.156 Frauen aus Deutschland aus. Mehr als die Hälfte der Frauen ließen in Holland nach der 14. Woche ihr Schwangerschaft abbrechen. Künftig erschwerende Bedingungen für Frauen in Deutschland, werden zu höheren Abbruchzahlen im Ausland führen und damit zu höheren Kosten für die Betroffenen. Diese Bedenken geben die unterzeichnenden Verbände an die verantwortlichen PolitikerInnen weiter.

Die Annahme eines kranken oder behinderten Kindes wird vor allem dann gelingen können, wenn sich Frauen und Paare psychisch und physisch fähig dazu fühlen und dazu auch ökonomisch in der Lage sehen. Menschen und Kinder mit Behinderung und diejenigen, die sie betreuen, brauchen unser aller Unterstützung, aber vor allem auch bessere und gezieltere staatliche Förderung als bisher. Sie brauchen eine Gesellschaft, die sie integriert und in der Teilhabe selbstverständlich ist.



Die Verbände äußern massive datenschutzrechtliche Bedenken gegen die im Antrag der CDU-CSU-Fraktion geforderte Prüfung der ärztlichen Dokumentation durch eine Landesbehörde. Wegen der Seltenheit der Fälle in einer Region droht die Gefahr, dass die Anonymität und die sozialen Daten der betroffenen Frau – ihres Partners und möglicherweise auch ihrer Familie – nicht mehr gewährleistet sind.

Die unterzeichnenden Verbände sprechen sich gegen jede Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes aus.

Im Februar 2009

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – ASF, Bundesvorstand

AWO Bundesverband e.V.

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Familienplanungszentrum Balance e.V.

GEW Bundesvorstand

Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband

IG Metall, Vorstand

NAKOS – Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen

pro familia-Bundesverband

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Bundesverband e.V.

Ver.di, Bundesverwaltung

Zukunftsforum Familie e.V.



Kontakt für Rückfragen:

pro familia-Bundesverband
Regine Wlassitschau
Stresemannallee 3
60596 Frankfurt
Tel.: 069 / 63 90 02
Fax: 069 / 63 98 52
E-Mail: presse@profamilia.de